

Zürcher Eltern wollen wieder mehr Kleinklassen

Neue Zürcher Zeitung, 5.1.2023

Laut einer NZZ-Umfrage zweifelt das Stimmvolk an der schulischen Integration der Kinder

nil. · Seit einigen Jahren herrscht in der Zürcher Volksschule das Prinzip der integrativen Förderung. Möglichst alle Kinder sollen den Regelunterricht besuchen, auch verhaltensauffällige, beeinträchtigte oder solche mit Lernschwierigkeiten.

Nun zeigt sich: Die Zürcher Stimmbevölkerung steht dieser schulischen Integration kritisch gegenüber. Gemäss einer Umfrage, welche das Forschungsinstitut GfS Bern im Auftrag der NZZ durchgeführt hat, wünschen sich zwei Drittel der Befragten die Kleinklassen

für schwierige Kinder zurück. Früher separierten die Schulen noch deutlich mehr Kinder aus dem Regelunterricht.

Eltern, Bildungspolitikerinnen, Schulleiter und Lehrerinnen haben in den letzten Jahren teilweise hitzig über den Sinn und Zweck der integrativen Förderung diskutiert – nicht nur im Kanton Zürich, auch in Basel-Stadt, Bern oder Nidwalden. Die Meinungen gehen weit auseinander: Manche befürchten ein schlechteres Schulniveau und sehen im Mehraufwand, der durch die Integration verhaltensauffälliger Schüler entsteht, einen Grund für den akuten Lehrermangel. Andere bemängeln, dass trotz den Bemühungen nicht alle Kinder konsequent im Regelunterricht integriert werden können.

Die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) will trotz Gegenwehr am Prinzip der integrativen Förderung festhalten. Als Lösung für die Probleme schlägt sie sogenannte «Schulinseln» vor, wo Kinder eine Auszeit vom Regelunterricht nehmen können.

Zürich und Region, Seite 13

Eine Mehrheit will verhaltensauffällige Kinder wieder aus den Regelklassen nehmen

Eine Umfrage im Auftrag der NZZ zeigt: Das Stimmvolk wünscht sich die Kleinklassen zurück

NILS PFÄNDLER

Vor nicht allzu langer Zeit forderte die Zürcher Stimmbevölkerung noch die Abschaffung der Kleinklassen. Sie wollte, dass möglichst alle Kinder, also auch solche mit Lernschwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeiten, dieselbe Klasse besuchen. Im Jahr 2005 machte sie damit Ernst, indem sie das neue kantonale Volksschulgesetz mit grosser Mehrheit annahm – die schulische Integration war Teil dieses Reformpakets.

Heute ist das Vorhaben weitgehend umgesetzt. Es gibt zwar noch Kleinklassen, doch die meisten Kinder kommen im Regelunterricht zusammen. Und mit ihnen eine wachsende Zahl an Heilpädagoginnen und Klassenassistenten.

Eine heile Welt, könnte man meinen, doch Zufriedenheit herrscht nicht. Von allen Seiten hagelt es Kritik: Lehrerinnen beklagen einen Mehraufwand, Eltern fürchten ein tieferes Schulniveau, und Behindertenorganisationen kritisieren, dass nicht alle Kinder konsequent genug integriert würden.

Auch die Stimmbevölkerung scheint 18 Jahre nach der Abstimmung nicht mehr überzeugt zu sein. Das zeigt eine Umfrage, die das Forschungsinstitut GfS Bern im Auftrag der NZZ durchgeführt hat. Zwei Drittel geben an, dass sie wieder Kleinklassen einführen und sich vom Prinzip der integrativen Förderung abwenden wollen.

Die Parteizugehörigkeit der Befragten spielt bei der Beantwortung der Frage eine entscheidende Rolle. Ledig-



Heute besuchen fast alle Kinder den Regelunterricht. Der Bevölkerung passt das nicht.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

lich die Wählerinnen und Wähler der AL und der Grünen wollen am Prinzip der integrativen Förderung festhalten. Alle anderen Parteien – von SP (54 Prozent) über SVP und FDP (beide 77 Prozent) bis EDU (92 Prozent) – sprechen sich für eine Wiedereinführung von Kleinklassen an der Volksschule aus.

Während der Wohnort und das Geschlecht offenbar weniger entscheidend sind, gehen bei den verschiedenen Generationen die Meinungen auseinander. Bei der jungen Wählerschaft hat die konsequente Integration aller Kinder in den Regelunterricht einen höheren Stellenwert als bei den älteren Stimmbürgern, die sich deutlich für Kleinklassen aussprechen.

«Schulinseln» vorgeschlagen

Die Mehrheit der Befragten kratzt damit am Status quo. Nicht nur am Zürcher Volksschulgesetz, sondern auch am Bundesgesetz, in dem die integrative Förderung im Grundsatz verankert ist. Am Behindertengleichstellungsgesetz und an der Uno-Behinder-

tenkonvention, die eine möglichst weitgehende Eingliederung aller Menschen in die Gesellschaft vorsehen. Und an der gegenwärtigen Zürcher Bildungspolitik, die in den letzten Jahren die Integration vorangetrieben hat.

Für die Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) ist der integrative Unterricht ein «Menschenrecht», wie sie einst in einem NZZ-Interview betonte. Trotz Gegenstimmen in der Bevölkerung hält sie an dieser Meinung fest. «Die Integration ist anspruchsvoll, aber der richtige Ansatz», sagt sie auf Anfrage.

Das Bedürfnis der Bevölkerung nach Kleinklassen sieht die Bildungsdirektorin nicht im Widerspruch zur derzeitigen Situation in den Schulen. Anders als in anderen Kantonen seien in Zürich die Kleinklassen schliesslich nie ganz abgeschafft worden.

Steiner rechnet vor: Von allen Schulkindern hätten derzeit etwa 4 Prozent einen besonderen Bildungsbedarf. Rund die Hälfte von ihnen werde separiert und in einer Sonderschule unterrichtet, die andere Hälfte sei in einer Regelklasse integriert. «Die Schulen erhalten dafür zusätzliche Ressourcen», hält sie

fest. «Die Integration von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten auf nach der Schulzeit zu verschieben, ist nicht sehr erfolgsträchtig.»

Falls es beim integrativen Unterricht Schwierigkeiten gebe, schlägt Steiner sogenannte «Schulinseln» als Lösung vor. Dort könnten verhaltensauffällige Kinder innerhalb des Schulhauses eine kurze Auszeit nehmen. Lehrpersonen hätten so die Möglichkeit, schneller und flexibler zu reagieren. Verschiedene Zürcher Gemeinden haben mit diesem Modell bereits Erfahrungen gesammelt.

Förderklassen statt altes System

«Die Rückmeldungen zeigen klar, dass auch Lehrpersonen in stark belasteten Schulen nicht zum alten System zurückwollen», sagt Steiner. In schwierigen Situationen könne es aber wichtig sein, ein Kind kurzfristig aus der Klasse zu nehmen, ohne ihm einen definitiven Stempel aufdrücken zu müssen.

Marc Bourgeois ist FDP-Kantonsrat und Mitglied der Bildungskommission. Er hält wenig davon, wie der integrative

Unterricht heute praktiziert wird: «Die Idee war gut gemeint, aber sie funktioniert nicht, so sehr man sie auch schönredet. Mit der Heterogenität in den Klassen bringen die Lehrkräfte nicht mehr alles unter einen Hut.»

Bourgeois kritisiert, dass es heute zwischen Sonderschulen und Regelklassen keine Zwischenstufe mehr gibt. Er schlägt deshalb vor, angelehnt an die früheren Kleinklassen sogenannte Förderklassen einzuführen. Damit könnten einzelne Kinder für mindestens ein Semester, falls nötig auch für mehrere Schuljahre, gezielt unterstützt werden, ohne dass sie ihre Schule verlassen müssten.

Übernehmen Förderlehrpersonen die Verantwortung für diese Kinder, werden die Klassenlehrpersonen entlastet, zeigt sich Bourgeois überzeugt. «Die Lehrerinnen und Lehrer machen ihre Überstunden nämlich nicht im Schulzimmer, sondern wegen der ständigen Koordination mit anderen involvierten Lehrpersonen, der zunehmenden Individualisierung des Unterrichts und der vielen Elterngespräche.» Laut dem FDP-Kantonsrat könnten die Klassenlehrpersonen bei einer echten Entlastung wieder höhere Pensen annehmen, womit auch dem akuten Lehrermangel entgegen gewirkt würde.

In einem Punkt stimmt Bourgeois der Bildungsdirektorin Steiner aber zu. Die Durchlässigkeit des Systems müsse gewährleistet sein, sagt er. «Das alte Zweiklassensystem wünsche ich mir auch nicht zurück.»

Die Zürcher Bevölkerung will wieder mehr Kleinklassen einführen

Anteile in Prozent



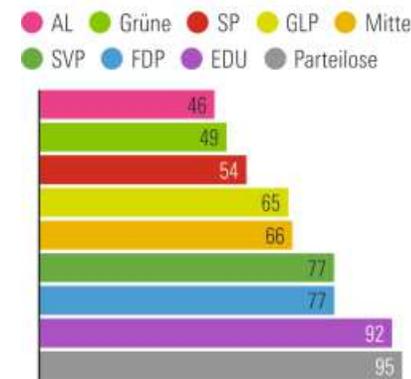
NZZ-Wahlumfrage zu den Zürcher Wahlen 2023, November/Dezember 2022 (N=2500, Stichprobenfehler: 1,89 Prozentpunkte).

QUELLE: GFS BERN

NZZ / nil

Nur die Wählerschaften von AL und Grünen sind gegen Kleinklassen

Anteil sehr oder eher einverstanden in Prozent



NZZ-Wahlumfrage zu den Zürcher Wahlen 2023, November/Dezember 2022 (N=2500, Stichprobenfehler: 1,89 Prozentpunkte).

QUELLE: GFS BERN

NZZ / nil